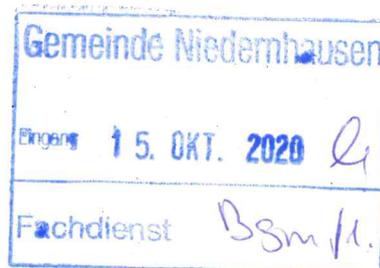


Tarek Al-Wazir  
Staatsminister

Hessisches Ministerium für Wirtschaft,  
Energie, Verkehr und Wohnen

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr  
und Wohnen · Postfach 31 29 · 65021 Wiesbaden



Herrn Bürgermeister  
Joachim Reimann  
Wilrijkplatz  
65527 Niedernhausen

17. Oktober 2020

### Gleichstromvorhaben Ultramet

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Bundesnetzagentur führt für das Gleichstromvorhaben Ultramet gegenwärtig das Bundesfachplanungsverfahren durch. Die Hessische Landesregierung hat gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium, der Bundesnetzagentur sowie der Vorhabenträgerin Amprion stets darauf hingewiesen, dass im Zuge der Planungen von Ultramet alle sich bietenden Möglichkeiten für eine räumliche Entlastung der betroffenen Kommunen ausgeschöpft werden müssen. Ich begrüße es daher außerordentlich, dass es uns gemeinsam gelungen ist, konstruktive Vorschläge für eine Verschwenkung der Ultramet-Trasse in das Verfahren einzubringen.

Die Bundesnetzagentur hat im Nachgang des Erörterungstermins im September 2019 die Vorhabenträgerin Amprion mit der Prüfung dieser Vorschläge beauftragt. Prüfergebnisse sind nun von der Bundesnetzagentur veröffentlicht worden. Gleichzeitig besteht für alle Beteiligten bis zum 2. November 2020 die Gelegenheit, sich mit einer weiteren Stellungnahme in das derzeit laufende Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren einzubringen. Die im Rahmen dieses Beteiligungsverfahrens von den Kommunen vorgetragene Argumente für die jeweiligen Verschwenkungsvarianten sind von entscheidender Bedeutung, um mit dem Bundesfachplanungsbeschluss die Voraussetzungen für spürbare räumliche Entlastungen zu schaffen.

Gerne möchte ich Sie daher ermuntern, diese Chance zu ergreifen und sich erneut mit einer fachlichen Stellungnahme in das Bundesfachplanungsverfahren einzubringen, die sich kritisch mit den Prüfergebnissen der Vorhabenträgerin Amprion auseinandersetzt.

Im Hinblick auf die Betroffenheit von Schutzgütern könnte in der Stellungnahme zudem die Bereitschaft signalisiert werden, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens konstruktiv mitzuwirken, um Eingriffe etwa in das Schutzgut Wald auf ein notwendiges Mindestmaß reduzieren zu können und nach Möglichkeit Ausgleichsmaßnahmen zu unterstützen.

Aus meiner Sicht empfiehlt es sich überdies, in der Stellungnahme erneut deutlich zu betonen, dass die vorgelegten Vorschläge auf ein überaus hohes Maß an Akzeptanz vor Ort treffen. Gleichzeitig sollten auch weiterhin alle beteiligten Kommunen gegenüber der Bundesnetzagentur geschlossen auftreten und in ihren Stellungnahmen dokumentieren, dass sie ebenfalls die Vorschläge der Nachbarkommunen unterstützen.

Ich bin zuversichtlich, dass ein erneutes und starkes Signal der betroffenen Kommunen einen entscheidenden Beitrag leisten kann, um die Bundesnetzagentur von der Notwendigkeit einer räumlichen Entlastung zu überzeugen, sodass diese mit dem Bundesfachplanungsbeschluss die planerischen Voraussetzungen zur Realisierung der Verschwenkungsvarianten schafft.

Mit freundlichen Grüßen

